

Silke van Dyk und Stefanie Graefe

Wer ist schuld am Rechtspopulismus?

Zur Vereinnahmung der Vereinnahmungsdiagnose: eine Kritik

Rechtspopulistische Bewegungen und Parteien sind seit einigen Jahren weltweit auf dem Vormarsch, während linke Parteien vielerorts schwere Verluste zu verzeichnen haben. Obwohl inzwischen nicht mehr ganz neu, kam diese Entwicklung zunächst für viele einigermaßen unerwartet, und der Schock über die neue Polarisierung und (Rechts-)Verschiebung im traditionellen Parteien- und Bewegungsspektrum sitzt tief. So verwundert es kaum, dass gerade auch soziologisch-zeitdiagnostisch interessierte Kommentator*innen nach Erklärungen für die gegenwärtige Entwicklung suchen. Verwunderlich ist eher, dass sich bei aller Unterschiedlichkeit im Detail viele gegenwärtig in einem zentralen Punkt einig zu sein scheinen: darin nämlich, dass im »identitätspolitischen« Erbe von 1968 eine wesentliche Ursache für die gegenwärtige Misere zu finden ist. In Kurzform lautet die inzwischen oftmals wiederholte These, dass die Fixierung von linken oder/und linksliberalen Kräften auf Antidiskriminierungsfragen, namentlich im Feld von Genderpolitik und Antirassismus, dem Neoliberalismus als global hegemonialem Herrschaftsprojekt maßgeblich zum Durchbruch verholfen und genau deshalb jene sich im Rückblick als gleichsam unausweichlich darstellende Gegenrevolte von rechts hervorgerufen habe.

Diese Diagnose ist nicht nur deshalb bemerkenswert, weil sie »dem« Linksliberalismus in Gestalt der sogenannten »Identitätspolitik«¹ ein erstaunliches Machtpotenzial unterstellt – immerhin wird er für den Neoliberalismus wie für die neue Rechte, die ihrerseits als antagonistische Kräfte verstanden werden, gleichermaßen verantwortlich gemacht. Sie ist auch deshalb interessant, weil sie – explizit oder implizit – auf eine populäre soziologische Diagnose rekurriert, die vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen ein überraschendes Revival erlebt. Dabei handelt es sich um die sogenannte »Vereinnahmungsdiagnose«, die Ende der 1990er Jahre prominent von dem französischen Soziologenduo Luc Boltanski und Ève Chiapello ausgearbeitet worden ist.² Dieser These zufolge hat sich im Kontext der Neuen Sozialen Bewegungen seit Ende der 1960er Jahre neben der traditionellen linken »Sozialkritik«, die auf Gleichheit, Gerechtigkeit und die Einheit der Arbeiter*innenschaft zielt, ein Typ von Gesellschaftskritik popularisiert, der sich im Namen der Autonomie zentral gegen Autorität, Norm und Disziplin jeglicher Art richtet und den Boltanski und Chiapello eingedenk seiner bis in die Epoche der Romantik zurückreichenden Genealogie »Künstlerkritik« nennen. Als nachhaltig

1 Siehe van Dyk 2019.

2 Boltanski, Chiapello 2006.

erfolgreicher, so die These weiterhin, habe sich der letztgenannte Kritiktypus erwiesen, wenn auch dieser Erfolg der Künstlerkritik rückblickend als hochgradig ambivalent zu bewerten sei: Das zentrale Anliegen der Künstlerkritik – mehr Autonomie – sei letztlich zum Kernimperativ neoliberaler Vergesellschaftung geworden.

Boltanskis und Chiapellos Diagnose ist nicht ohne Grund innerhalb wie außerhalb der akademischen Soziologie vielfach aufgegriffen worden, hat sie doch wesentlich zum tieferen Verständnis der ambivalenten, weil bisweilen gerade nicht »kritischen«, sondern gesellschaftsstabilisierenden Rolle von Kritik beigetragen. In der aktuellen Debatte um das Erstarken rechter Kräfte wird die Vereinnahmungsthese nun mit veränderter Akzentuierung erneut bemüht, indem in Analogie zu Boltanskis/Chiapellos Differenzierung in Künstler- und Sozialkritik »Identitätspolitik« und »Klassenpolitik« kontrastiert werden. Mit dieser Kontrastierung ist die These verbunden, dass die Vernachlässigung der Klassen- zugunsten der Identitätspolitik, die ihrerseits vollständig im neoliberalen Herrschaftsprojekt aufgegangen sei, den Erfolg der Rechten wesentlich begünstigt habe.

Im Folgenden wollen wir diese Neu-Akzentuierung der Vereinnahmungsdiagnose genauer unter die Lupe nehmen und darlegen, warum sie sich in der konkreten Ausführung als problematisch erweist. Dafür werden wir im folgenden Abschnitt zunächst die soziologische Diagnose und ihre Rezeption genauer skizzieren (1.), um daran anschließend im zweiten Abschnitt die gegenwärtig von uns beobachtete »Vereinnahmung der Vereinnahmungsdiagnose« in fünf Schritten zu entwickeln. Dafür werden wir nach einem Überblick über die gegenwärtige Debatte (2.1) den in dieser diagnostizierten *Gegenstand der Vereinnahmung* – »die Identitätspolitik« (2.2) – sowie den diskutierten *Modus der Vereinnahmung*, die angebliche Komplizenschaft von Identitätspolitik und Neoliberalismus, problematisieren (2.3). Im vierten Schritt nehmen wir die als *Resultat der Vereinnahmung* behauptete linksliberale Hegemonie in den Blick (2.4), um dann fünftens die aus dem dargestellten Argument gezogenen *Schlussfolgerungen* im Umgang mit der erstarkenden rechten Kritik zu analysieren (2.5). Im Fazit (3.) resümieren wir, warum das Gegeneinanderausspielen von Sozial- und Künstlerkritik beziehungsweise von Klassen- und Identitätspolitik gesellschaftstheoretisch wie politisch in eine Sackgasse führt.

1. Die Vereinnahmungsdiagnose revisited

Waren für die traditionelle Linke Sozialkritik und das Feld der Arbeit zentral, so änderte sich dies im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts, als sich die Neuen Sozialen Bewegungen formierten und entgegen der fordistischen Disziplin die Einzigartigkeit des autonomen Subjekts in Stellung brachten. Arbeit ist von der von Boltanski und Chiapello so bezeichneten »Künstlerkritik« keineswegs ausgenommen, sondern wird im Hinblick auf ihre heteronome Struktur kritisiert, zugleich weist die Künstlerkritik aber von Anfang an weit über das Feld der Arbeitskraft hinaus: Auch und

gerade das Private wird politisch.³ Im Zuge der Durchsetzung des Neoliberalismus als hegemoniale Form der Regierung westlich-kapitalistischer Gesellschaften kommt es dann, so Boltanski und Chiapello, zur folgenschweren Integration der Künstlerkritik. Betriebliche »Kommandostrukturen« werden durch Netzwerklogik, Flexibilisierung und Outputsteuerung ersetzt; es entsteht eine neue gesellschaftliche »Rechtfertigungsordnung«, die um den Maßstab der Autonomie zentriert ist: »Man tauschte Sicherheitsgarantien gegen Autonomie.«⁴

Einige Jahre nach Boltanski und Chiapello hat auch Nancy Fraser ein ähnliches Argument stark gemacht. Dabei bezieht sich Fraser zentral auf die Zweite Frauenbewegung beziehungsweise die feministische Kritiktradition, die ihr zufolge dreifach verfasst ist, insofern sie ökonomie-, staats- und patriarchatskritisch zugleich ist. Im Übergang zum Neoliberalismus habe sich allerdings, so Fraser, herausgestellt, dass dieser mit allen drei Formen feministischer Kritik nicht nur kein Problem hat, sondern sie geradezu freundlich unterstützt: Der Anti-Ökonomismus verwandelt sich in die Allgegenwärtigkeit von Kämpfen um kulturelle Anerkennung; der Anti-Etatismus geht mit der neoliberalen Eigenverantwortungsideologie geschmeidig konform, und der Anti-Androzentrismus fordert Frauen auf, ihre Hausfrauenrolle zu verlassen und sich ins Regime der Erwerbsarbeit einzugliedern. Alles in allem dienen, so Fraser, die »kulturellen Veränderungen, die die Neue Frauenbewegung in Gang setzen konnte, [...] so heilsam sie an sich sind, [...] der Legitimation eines strukturellen Umbaus der kapitalistischen Gesellschaft, welcher feministischen Visionen einer gerechten Gesellschaft diametral zuwiderläuft.«⁵

Wie das Zitat belegt, folgt aus der Diagnose dieses fundamentalen Dilemmas für Fraser nicht, dass man es mit dem Feminismus bleiben lassen sollte. Es sei, so Fraser, aus ihrer Analyse gerade nicht der Schluss zu ziehen, »dass die feministischen Ideale aus sich heraus problematisch oder etwa, dass sie stets und unentrinnbar dazu verurteilt sind, für kapitalistische Zwecke umgedeutet zu werden.«⁶ Allerdings hätte die feministische Kritik es zunehmend versäumt, die ökonomische, kulturelle und politische Dimension miteinander zu verknüpfen. Damit schließt Fraser an das von ihr andernorts ausführlicher ausgearbeitete Argument an, Kämpfe um Umverteilung (aka Sozialkritik) und um Anerkennung (aka Künstlerkritik) sollten nicht alternativ zueinander gedacht, sondern vielmehr zusammengeführt werden.⁷ Davon ausgehend plädierte sie schließlich 2009 offensiv für eine *Revitalisierung* und *Radikalisierung* feministischer Kritik. Im Folgenden wird zu sehen sein, dass Fraser diese Diagnose im Zuge ihrer aktuellen Analysen zur erstarkenden Rechten mit weitreichenden Folgen neu ausgerichtet hat.

Die Vereinnahmungsthese ist auch andernorts aufgenommen und weiter ventiliert und variiert worden; nicht zuletzt stellt sie eine zentrale Grundannahme der an

3 So setzte etwa die Zweite Frauenbewegung die Enthierarchisierung der patriarchalen fordistischen Kleinfamilie zentral auf die politische Agenda.

4 Boltanski, Chiapello 2006, S. 257.

5 Fraser 2009, S. 44.

6 Ebd., S. 55.

7 Fraser, Honneth 2003.

Michel Foucault anschließenden Governmentality Studies dar. So hat Ulrich Bröckling das »unternehmerische Selbst« als spezifische Subjektivierungsform des spätmodernen Kapitalismus beschrieben⁸ – ein Selbst, das aufgerufen ist, allzeit aktiv, kreativ, flexibel und eigenverantwortlich die eigene Selbstvermarktlichung voranzutreiben. »Konzepte wie Aktivierung, Empowerment, Partizipation und Flexibilität, deren Wurzeln auf die Kämpfe sozialer Emanzipationsbewegungen zurückweisen, haben sich in institutionelle Anforderungen und normative Erwartungen verwandelt.«⁹ Derselbe Grundgedanke findet sich analog in Konzepten wie etwa dem der »organisierten Selbstverwirklichung«¹⁰ wieder und läuft als eine Art Hintergrundfolie in Analysen des »Arbeitskraftunternehmers« beziehungsweise der »Subjektivierung von Arbeit« mit.¹¹

In der breiten Rezeption der Vereinnahmungsdiagnose geriet teilweise – und anders als bei Boltanski und Chiapello selbst – die Praxis der Kritik prinzipiell unter Verdacht, zwangsläufig ein Instrument der Konformitätserzeugung beziehungsweise ein »Schmiermittel« im Getriebe des postfordistischen Kapitalismus zu sein. Perspektiven für gesellschaftliche Kritik schienen dann nur noch in ästhetisierten Formen der Verweigerung oder in Gestalt einer großen, freilich gerade nicht politisch gemeinten Verweigerung, namentlich Depression, Ironie und passive Resistenz, möglich.¹² Für eine solche, der angeblichen Doppelzüngigkeit der Künstlerkritik entsprungenen »Melancholie von links« ist, wie Jacques Rancière bemerkt hat, durchaus eine gewisse Lust am Bekenntnis des eigenen Versagens charakteristisch, der Drang »zu gestehen, dass all unser Begehren nach Subversion noch dem Gesetz des Marktes gehorcht und dass wir uns nur in dem neuen Spiel gefallen, das auf dem Weltmarkt verfügbar ist, jenes des grenzenlosen Experimentierens mit unserem eigenen Leben«.¹³

Auch ein anderer Einwand des französischen Philosophen ist für die gegenwärtige Debatte von Belang: Der »kollektive Kampf für die Arbeiteremanzipation«, so Rancière, »war niemals getrennt von einer neuen Erfahrung des Lebens und der individuellen Fähigkeiten, die man den Zwängen der alten Gesellschaftsbande entreißen wollte. [...] Diese Zusammengehörigkeit von Sozialem und Ästhetischem, von der Entdeckung der Individualität für alle und dem Projekt einer freien Gemeinschaftlichkeit war das Herz der Arbeiteremanzipation«.¹⁴ Oder einfacher und in der Terminologie von Boltanski und Chiapello gesprochen: Ohne Künstler- keine Sozial-

8 Bröckling 2007.

9 Bröckling et al. 2004, S. 14.

10 Honneth 2002.

11 Voß, Pongratz 1998; Kleemann et al. 1999.

12 Bröckling 2007, S. 288.

13 Rancière 2009, S. 49.

14 Ebd., S. 47.

kritik und umgekehrt. Dies haben die beiden Autor*innen auch selbst immer wieder betont:

»Wie anderthalb Jahrhunderte Kapitalismuskritik gezeigt haben, widersprechen die beiden Formen der Sozial- und der Künstlerkritik einander in vielen Punkten. Andererseits sind sie aber auch untrennbar miteinander verbunden [...]. Solange beide am Leben erhalten werden, besteht die Hoffnung, dass [...] die Fehlentwicklungen vermieden werden, zu denen jede der beiden führen kann, wenn sie [...] nicht durch ihren jeweiligen Gegenpart gemildert wird.«¹⁵

Nicht zuletzt die umfangreiche Rezeption der These von Boltanski und Chiapello zeigt: Die Differenzierung in Künstler- und Sozialkritik ist, wenn auch nicht alles erklärend, so doch prinzipiell hilfreich, da sie zwei für liberale kapitalistische Gesellschaften grundlegende und unterschiedliche Formen der emanzipatorischen Gegenmobilisierung erfasst. Nicht hilfreich ist hingegen eine Radikalisierung, die entweder Kritik überhaupt oder aber eine der beiden Kritikformen grundsätzlich delegitimiert. Dabei hat insbesondere die Kritik der Künstlerkritik offenkundig einen (alten) konservativ-reaktionären Kern, der in der jetzigen Debatte wieder aufploppt und dabei die Verdienste der Ursprungsthese zugunsten eines simplen »back to reality« vor 1968 durchstreicht. Dass sich manche Kritiker*innen nicht zu schade sind, auch offenkundig antiemanzipatorischen Politikprojekten argumentativ Schützenhilfe zu leisten, wollen wir im Folgenden zeigen.

2. Die Vereinnahmung der Vereinnahmungsdiagnose

2.1 *Revitalisierung und Neuakzentuierung der Diagnose*

Nach der breiten Rezeption der Vereinnahmungsdiagnose von Luc Boltanski und Ève Chiapello in den 2000er Jahren sowie der Popularität verwandter sozialtheoretischer Analysen ist es in den vergangenen Jahren etwas ruhiger um diese Diagnose geworden. Nicht unbedeutend war in diesem Zusammenhang der Aufschwung progressiver Protestbewegungen im Nachgang der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008, der die Hegemonie des Neoliberalismus kurzzeitig ebenso fraglich werden ließ wie die konstatierte Lähmung der Kritik.¹⁶ Doch während sich diese Bewegungen in den meisten Ländern als kurzlebig herausstellen sollten und der vermeintlich erschütterte Neoliberalismus aller Kritik zum Trotz als äußerst robust erweisen sollte, zeigt sich in der jüngsten Vergangenheit, dass das System weniger von links als vielmehr von rechts unter Druck gerät.

Aktuelle Erklärungsversuche des Erstarkens rechter Kräfte haben in Europa und Nordamerika nun eine Revitalisierung von Vereinnahmungsdiagnosen evoziert: Nicht selten im direkten Bezug auf Boltanski und Chiapello wird der »neue Geist des Kapitalismus« nunmehr als Ursache für die rechte (Gegen-)Revolution identifiziert. So konstatiert etwa Wolfgang Streeck mit Verweis auf Boltanski und Chiapello für die vergangenen drei Jahrzehnte »die Etablierung einer kosmopolitisch orientierten Bewusstseinsindustrie, die ihre Wachstumschancen darin sah, den Expansionsdrang

¹⁵ Boltanski, Chiapello 2006, S. 575.

¹⁶ Vgl. van Dyk 2012.

kapitalistischer Märkte mit den libertären Werten der sozialen Revolution der sechziger und siebziger Jahre sowie deren utopischen Versprechen menschlicher Befreiung aufzuladen.«¹⁷ Auf diese Weise sei es zu »einem Kulturkampf besonderer Art«¹⁸ gekommen, der darauf ziele, dem global expandierenden Kapitalismus eine moralische Unterfütterung und Legitimierung zu verleihen, die insbesondere den Interessen derjenigen zuwiderlaufe, die in materieller Hinsicht Verlierer*innen neoliberaler Politik sind. Was bei Wolfgang Streeck mit Polemik gegen die angebliche Allianz – der »deregulation left«¹⁹ – und großer Empathie für die nach rechts gewendeten Letzteren verbunden ist,²⁰ findet sich analytisch differenzierter und ohne Affirmation rechter Inhalte auch bei Autor*innen wie Cornelia Koppetsch und Andreas Reckwitz:

»Heute stehen wir, sollten Boltanski und Chiapello recht behalten, am Scheitelpunkt eines neuen Zyklus. Die einst gegenkulturellen Ideale sind hegemonial geworden und nun ihrerseits bevorzugte Angriffsziele des Protests. [...] Die rechte Opposition greift den links-liberalen Konsens an und zielt damit ins Herz kosmopolitischer Weltbilder. Es sind die Ideale von Toleranz, Chancengleichheit, Authentizität und Kreativität, die [...] nun dem Mainstream einverleibt und als die Moral der Etablierten zu Hauptangriffszielen rechtspopulistischer Propaganda geworden sind.«²¹

Eine zentrale Protagonistin der Neu-Akzentuierung der Vereinnahmungsdiagnose ist zudem Nancy Fraser selbst, die in Zuspitzung ihrer weiter oben skizzierten zehn Jahre alten Analyse eine dezidierte Allianz von Emanzipation und Finanzkapital als wesentliche Ursache des Erstarkens rechter Kräfte identifiziert: »Die Vertreter der Emanzipationsbewegungen verbündeten sich mit den Partisanen des Finanzkapitalismus zum Angriff auf die sozialen Sicherungssysteme. Das Ergebnis ihres Team-ups war: der progressive Neoliberalismus.«²² In diesem würden Anliegen wie Antidiskriminierung, Chancengleichheit, Toleranz oder Selbstbestimmung mit wirtschaftsliberalen Prämissen zusammenfließen.

Auch dort, wo auf Boltanski und Chiapello nicht explizit Bezug genommen wird, ist die grundsätzliche Denkfigur ihrer Diagnosen – die Inkorporierung der (Künstler-)Kritik bei gleichzeitiger Marginalisierung der Sozialkritik – ausgesprochen präsent, wenn es um die Erklärung der aufsteigenden Neuen Rechten geht. Mehrheitlich wird der Sachverhalt gegenwärtig mit einer Gegenüberstellung von Identitäts- und Klassenpolitik gefasst: »Der blinde Fleck der Identitätspolitik ist ihr fehlendes Klassenbewusstsein. Durch diese Lücke schlüpft der Teufel einer neoliberalen Verein-

17 Streeck 2017, S. 259 f.

18 Ebd.

19 Streeck 2018, S. 6.

20 So sieht Streeck die Wende nach rechts als ebenso legitimen wie rationalen Widerstand gegen »antinationale Umerziehungsmaßnahmen von oben« (Streeck 2017, S. 270 f.); die entscheidende politische Konfliktlinie verlaufe zudem nicht zwischen rechts und links, sondern »zwischen denen, die andere als Populisten bezeichnen, und denen, die von ihnen als solche bezeichnet werden« (ebd., S. 261).

21 Koppetsch 2016, S. 38; vgl. Reckwitz 2017, S. 341 f.

22 Fraser 2017, S. 82 f.

nahme.«²³ Identitätspolitik wird von einem breiten Spektrum von Autor*innen als Ideologie der akademischen Mittelschicht identifiziert, der die Interessen der Arbeiter*innen und weniger Privilegierten entgegengestellt werde,²⁴ sei doch an »die Stelle des Kampfes gegen ökonomische Ausbeutung [...] der Kampf gegen kulturelle Diskriminierungen getreten.«²⁵ Dessen Anliegen wiederum würden sich »wunderbar mit dem Neoliberalismus [vertragen], insofern die Rechte des Marktes und die Rechte des Individuums sich ergänzen.«²⁶ Der Rechtspopulismus wird vor diesem Hintergrund zur – je nach Leseart – bevorzugten, einzigen oder möglichen Antwort auf eine hegemoniale Verschwisterung, zur »letzte[n] Chance, um die unsichtbaren Machtverhältnisse des Liberalismus noch angreifen zu können.«²⁷

Mit ähnlicher Akzentuierung identifiziert auch der liberale Theoretiker Goodhart »eine ›verborgene Mehrheit‹ in den wohlhabenden Industriegesellschaften [...], die aufgrund der Dominanz des soziokulturellen Liberalismus der 1968er-Linken und des Marktliberalismus der politischen Rechten²⁸ keinen politischen Ausdruck gefunden hat«²⁹ und auf die heute der Rechtspopulismus eine »verdrehte und schrille«³⁰ Antwort gäbe. Dirk Jörke und Oliver Nachtwey sehen in der Hinwendung nach rechts »eine durchaus rationale Strategie«,³¹ würden rechtspopulistische Kräfte doch mit einer zunehmend sozialdemokratischen Agenda mit nationalistischen Elementen bei zugleich gesellschafts- und kulturpolitisch autoritärer Positionierung die Erwartungen einer von der Sozialdemokratie enttäuschten Wählerklientel erfüllen.³² So unterschiedlich die einzelnen Diagnosen akzentuiert sind, teilen sie doch die Einschätzung, dass das Erstarken der Rechten als »Elite-Außenseiter-Konflikt« beziehungsweise als Notwehr gegen den konstatierten hegemonialen Block aus Emanzipation und Finanzmarktkapitalismus zu erklären ist.

2.2 Der Gegenstand der Vereinnahmung: Identitätspolitik als leerer Signifikant

Um diese Problematik nun genauer auszuloten, gilt es zunächst danach zu fragen, was in der aktuellen Debatte eigentlich als Gegenstand der Vereinnahmung benannt

23 Stegemann 2017, S. 89.

24 Zum Beispiel Laurin 2018, S. 122; Baron 2016, S. 201; Merkel 2017, S. 54; Lilla 2017.

25 Jörke, Heisterhagen 2017.

26 Ebd.

27 Stegemann 2017, S. 90.

28 Gemeint ist hier der Neoliberalismus der konservativen Parteien.

29 Goodhart 2017 a, S. 164.

30 Ebd.

31 Jörke, Nachtwey 2017, S. 165.

32 So richtig die Diagnose der neoliberalen Wende der Sozialdemokratie und der dadurch erzeugten politischen Heimatlosigkeit vieler ehemaliger Stammwähler*innen ist, so fraglich ist die oft zu beobachtende kausale Verknüpfung dieser Wende mit der Öffnung der Sozialdemokratie hin zu gesellschafts- und kulturpolitisch linken Themen und Anerkennungspolitiken (zum Beispiel Streeck 2018, S. 6 ff.; Jörke, Nachtwey 2017, S. 172; Lilla 2017, S. 59 ff.).

wird. Obwohl regelmäßig Bezüge auf die Diagnose von Boltanski und Chiapello sowie Fraser zu finden sind, bleiben diese in der Regel eher allgemein, sodass eine differenzierte Referenz auf die Unterscheidung von Sozial- und Künstlerkritik ebenso wenig zu finden ist wie auf Frasers Differenzierung (und Zusammenführung!) von Kämpfen um Anerkennung und Umverteilung. Insbesondere die bei Boltanski und Chiapello starke Fokussierung auf die Inkorporierung konkreter künstlerkritischer Prinzipien (wie zum Beispiel Autonomie, Kreativität, Selbstbestimmung) in Arbeitsprozesse und Unternehmensorganisation spielt in der aktuellen Debatte keine Rolle. Im Zentrum steht stattdessen die schillernde Chiffre einer jenseits von Arbeit und Ökonomie verorteten »Identitätspolitik«,³³ die bereits vor ihrer aktuellen Popularisierung stets ein schwammiger und umkämpfter Bezugspunkt war.³⁴

Derzeit wird der Topos als Bezeichnung für ein weites Feld sozio-kultureller Kämpfe verwendet, die mit der Chiffre 1968 und den Neuen Sozialen Bewegungen wie der Frauenbewegung oder der Bürgerrechtsbewegung in den USA verbunden werden, aber auch mit Bewegungen jüngerer Datums wie beispielsweise queerem Aktivismus oder der *Black-Lives-Matter*-Bewegung. Teilweise werden mit »Identitätspolitik« auch Auseinandersetzungen um sehr konkrete Fragen wie Formen des politisch korrekten Sprechens oder Transgender-Toiletten gelabelt. Mit »Identitätspolitik« wird also der Pol der »Künstlerkritik« (im weitesten Sinne) beziehungsweise der »Anerkennung« besetzt, welcher dann – hier durchaus in Analogie zur Unterscheidung von Künstler- und Sozialkritik – einer materialistischen, auf Umverteilung, Klassenverhältnisse und soziale Sicherheit setzenden Politik entgegengestellt wird: »Identitätspolitik, die sich mit Einwanderung, Kultur und Minderheitenrechten befasst, ist der Linken mittlerweile wichtiger als ihr historischer Schwerpunkt, die Wirtschaft.«³⁵ Gegenstand der Diskussion ist eine »postmaterialistische Identitätspolitik«,³⁶ die als Politik der/für Minderheiten gefasst und als »obsessive fasci-

33 Zu den Kontroversen um Identitätspolitik vgl. Dyk 2019.

34 Bernstein 2005, S. 48 f.

35 Roberts 2018.

36 Laurin 2018, S. 118. Die Etikettierung von Identitätspolitik als postmaterialistisch ist zwar omnipräsent, allerdings wird diese Einordnung selten konzeptuell unterfüttert. Wissenschaftlich eingeführt wurde der Topos ursprünglich von Ronald Inglehart (1998), der als Folge zunehmender physischer, psychischer und sozialer Sicherheit in materiell wohlhabenden, fordistischen Gesellschaften die Entstehung postmaterialistischer Milieus nachwies, die eher immaterielle Werte (zum Beispiel Anerkennung, Kritik an Autoritäten) verfolgen. Während diese Idee einer materiell wohlausgestatteten Klientel, die sich – so der Tenor – Toleranz, Weltoffenheit und ökologische Sensibilität leisten kann, für die aktuelle Debatte sehr prägend ist, scheint der bei Inglehart ebenfalls zentrale konsumkritische Fokus eher keine Rolle zu spielen, ganz im Gegenteil: Die These der Verschwisterung von Emanzipation und Neoliberalismus zielt gerade darauf, den gesellschaftspolitischen Postmaterialismus mit einem wirtschaftspolitischen Materialismus, im Sinne von Konsum- und Gewinnstreben, zusammenzudenken.

nation with the margins of society«³⁷ beschrieben wird, welche zulasten der Anliegen der Mehrheitsgesellschaft gehe.³⁸

Für die Frage der Vereinnahmung ist schließlich zentral, dass dieser Pol (»Identitätspolitik-Postmaterialismus-Minderheitenpolitik«) mit privilegierten Akteuren und gesellschaftlichen Eliten verknüpft wird: »Antidiskriminierungspolitik, Vielfaltseuphorie und politisch korrekte Sprache wurden zum politischen Fokus einer von Akademikern geprägten Linken, die glaubt, eine zivilisatorische Avantgarde zu bilden.«³⁹ Die Anliegen der sogenannten Identitätspolitik werden dementsprechend regelmäßig als elitär und pseudo-politisch zurückgewiesen. Wolfgang Streeck etwa spricht von »identitärer Ersatzpolitik«,⁴⁰ Mark Lilla von »Reaganism for lefties«,⁴¹ also einem Neoliberalismus für Linke; wiederholt ist der Hinweis zu lesen, es würde sich um eine »Politik des ›Alles dreht sich um mich‹«⁴² handeln: »Es geht ums Wohlfühlen: die verfeinerten Städter, die gut erzogenen Eliten, die emanzipierten Frauen, die gleichberechtigten Schwulen.«⁴³

Analytisch gesehen weist der Topos der Identitätspolitik, auch wenn er auf den ersten Blick recht konkret bestimmt zu sein scheint, eine gewisse Nähe zu einem »leeren Signifikanten« im Sinne Ernesto Laclaus auf.⁴⁴ Leere Signifikanten stehen im Zentrum hegemonialer Diskurse und sind »chronisch unterbestimmt durch ein fixes Signifikat«.⁴⁵ Dadurch gelingt es ihnen, »einen ›Knotenpunkt‹ für eine ›imaginäre Einheit‹ des Diskurses zu liefern, dem Diskurs den Schein einer Fundierung zu verleihen«.⁴⁶ Die Konflikte um die Besetzung dieses leeren Orts sind zugleich Ausdruck gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse und bilden nach Laclau den Kern von Politik. Der Prozess der hegemonialen Schließung der konstitutiven Deutungsoffenheit erfolgt durch eine Kette der Äquivalenz, die wiederum in eine Logik der Differenz eingelassen ist: Äquivalenzketten entstehen, wenn eine Vielzahl differenter Bezeichnungen durch eine ihnen gemeinsame »leere« Bedeutung verknüpft und sie so zu einer imaginären Einheit zusammengefügt werden. Genau das ist in der Äquivalenzkette »Identitätspolitik/Postmaterialismus/Minderheitenpolitik/Elitenpolitik« zu beobachten, deren Ordnung und Stabilisierung nur über eine Logik der Differenz möglich ist, das heißt in diesem Fall über die Abgrenzung zur »Sozialen Frage«: Erst

37 Lilla 2017, S. 83 f.; vgl. auch: Goodhart 2017 a, S. 164; Hillebrand 2017, S. 178.

38 Fukuyama 2018, S. 17.

39 Jörke, Heisterhagen 2017, o. S.

40 Streeck 2017, S. 270.

41 Lilla 2017, S. 95.

42 Furedi 2018.

43 Augstein 2016.

44 Laclau 2010, S. 65 ff.

45 Reckwitz 2006, S. 343.

46 Ebd.

dieses »Außen« ermöglicht es, die äußerst heterogenen Elemente des Identitäts-/Minderheiten-/Postmaterialismus-Diskurses zu einer Einheit zusammenzuführen.⁴⁷

Tatsächlich jedoch ist diese Äquivalenzkette alles andere als selbstverständlich, waren doch zum Beispiel feministische Kämpfe nie Minderheitenkämpfe, die Kämpfe und Bewegungen von Minderheiten in ihrem Anspruch auf sozio-ökonomische Teilhabe wiederum häufig alles andere als postmaterialistisch – ganz davon abgesehen, dass es sich fast immer um Bewegungen *gegen* die etablierte Politik und gesellschaftliche wie politische Eliten handelte.⁴⁸ Zudem waren und sind identitätspolitische Positionen auch in queeren, feministischen oder antirassistischen Kontexten höchst umstritten, insbesondere wenn es um die Frage der (impliziten) Affirmation der gesellschaftlich zugewiesenen Differenz und Partikularität geht und ging.⁴⁹ Für das *Combahee River Collective*, einer Gruppe schwarzer Lesben in den USA, der in der einschlägigen Literatur die Erfindung des Topos Identitätspolitik zugeschrieben wird, war diese zum Beispiel eng mit einer universalistischen Positionierung verbunden: »Als Mensch anerkannt zu werden, als ebenbürtiger Mensch, das ist genug.«⁵⁰ Ihre soziale Position auf der untersten Anerkennungsstufe der Gesellschaft wollten die Aktivistinnen des Kollektivs – die sich als Sozialistinnen verstanden – für eine revolutionäre Überwindung aller Unterdrückungsverhältnisse nutzen. Sie waren der Überzeugung, dass eine Gesellschaft, die sie als Gleiche einbezieht, alle einzubeziehen hätte.

Auch heute sind Bewegungen und Kämpfe für Anerkennung und Teilhabe sowie gegen Diskriminierung und Ausgrenzung – etwa für die Rechte von Geflüchteten, von Menschen mit Behinderung oder gegen Sexismus – keineswegs das exklusive Vergnügen von Privilegierten und Intellektuellen, sondern zumeist eine Waffe der Selbstverteidigung von Menschen, die gleichermaßen darum ringen, als gleichberechtigte Gesellschaftsmitglieder anerkannt zu werden, wie darum, einen gerechten Anteil an den gesellschaftlichen Ressourcen zu erhalten.⁵¹ Ta-Nehisi Coates, prominenter Intellektueller der *Black Lives Matter*-Bewegung, hat genau die Entmaterialisierung der Kritik sogenannter Minderheiten als Herrschaftsmechanismus angeprangert: Die Debatten um die Trump-Wahl kommentierte er mit der Beobachtung,

47 Es liegt auf der Hand, zu fragen, ob nicht die Gegenüberstellung von Künstler- und Sozialkritik einer ähnlichen Logik der Differenz entspringt; tatsächlich aber fungiert die Künstlerkritik nicht in vergleichbarer Weise als leerer Signifikant, da sie anders als der Signifikant Identitätspolitik eine klar konturierte Programmatik mit eigener Logik aufweist.

48 Vgl. im Überblick Kastner, Susemichel 2018.

49 Vgl. zum Beispiel Hall 1994; Gilroy 2000. Der Konflikt entzündet sich an dem Dilemma, dass Diskriminierung nur schwer ohne Rückbezug auf die in der Abwertung zugewiesene Differenz sichtbar gemacht werden kann. Wo die einen deshalb für eine widerständige Aneignung und Umwertung der zugewiesenen Differenz argumentieren, haben andere die Dekonstruktion der Differenzkategorie zum Ziel ihrer Interventionen gemacht.

50 CRC 1983, S. 212.

51 Vgl. diesbezüglich kritisch auch: Kurz-Scherf 2017; Kastner, Susemichel 2018.

»dass die Probleme der weißen Jungs ökonomisch sind und alle anderen nur versuchen, ihre Gefühle zu diskutieren«,⁵²

Entlang des beschriebenen Antagonismus von Identitäts- und Klassenpolitik wird in der aktuellen Debatte die Soziale Frage mit dem Nationalstaat (also dem Ordnungsrahmen, in dem sie historisch adressiert worden ist), der lokalen Verankerung und der Mehrheit der »kleinen Leute« verbunden und der Identitätspolitik-Pol mit dem Kosmopolitismus, dem Weltbürger*innenentum sowie den postmaterialistischen Anliegen von Minderheiten elitärer Provenienz. Diese (neue) Spaltungslinie, die – so der neuere »vereinnahmungsdiagnostische« Tenor – aufgrund der Fusion von »System« (Neoliberalismus) und »Kritik« (Identitätspolitik) entstanden sei, wird in unterschiedlichen Varianten ausbuchstabiert, die jedoch im Sinne der hegemonialen Schließung der Äquivalenzkette denselben Antagonismus akzentuieren und sich im Bezug aufeinander stützen: Neben den bekannten Polaritäten »Minderheiten vs. Mehrheiten«,⁵³ »Postmaterialisten vs. Materialisten«,⁵⁴ »Eliten vs. kleine Leute«⁵⁵ spielt insbesondere die räumliche/nationalstaatliche Verankerung eine entscheidende Rolle, so im populären Gegensatz von »Kosmopoliten vs. Kommunitarier«⁵⁶ sowie bei der vor allem im angelsächsischen Raum prominenten Gegenüberstellung von »Anywheres vs. Somewheres«⁵⁷ – das heißt der (Mehrheit der) Menschen, die an konkrete Orte und Gemeinschaften gebunden sind, versus vermeintlich ort- und heimatlose, den nationalen Bezugsrahmen ablehnende Weltbürger*innen.⁵⁸ Jeweils der erste Pol (Minderheiten-Postmaterialisten-Eliten-Kosmopoliten-Anywheres) wird mit dem Neoliberalismus verbunden, der zweite umgekehrt mit Gegenhegemonie und Kritik.

2.3 *Der Modus der Vereinnahmung: Komplizenschaft versus Inkorporierung*

Wenn die hier rezipierten Diagnosen zum Erstarken der neuen Rechten den Neoliberalismus und die gesellschaftliche Linke als Ursachen für diese Entwicklung identifizieren, dann wird deren wirkmächtiges Zusammenspiel häufig als strategisches Bündnis oder bewusste Allianz gefasst; »das linke Lager« habe sich – so der Tenor – »zu unkritisch auf die Seite des elitären Liberalismus geschlagen«.⁵⁹ Es wird eine

52 Twitter-Tweet vom 1. Dezember 2016.

53 Zum Beispiel Lilla 2017; Fukuyama 2018.

54 Roberts 2018.

55 Streeck 2017; Baron 2016.

56 Merkel 2017; Nölke 2017.

57 Goodhart 2017 b.

58 Unterschiedlich beantwortet wird dabei die Frage, ob grundsätzlich eine Vorrangigkeit des materialistischen Pols »Soziale Frage/Klassenpolitik« existiert beziehungsweise existieren sollte; während einige Autor*innen dies eindeutig bejahen (zum Beispiel Baron 2016, S. 202; Laurin 2018; analytisch differenzierter: Žižek 2016, S. 54 f.), geht es anderen eher um die Problematisierung der (diagnostizierten) Vorherrschaft identitätspolitischer Anliegen, ohne prinzipiell deren Nachrangigkeit zu behaupten (zum Beispiel Koppetsch 2019; Friedrich 2018).

59 Goodhart 2017 a, S. 166.

aktive Komplizenschaft unterstellt, wo die älteren soziologischen Diagnosen eher eine strukturelle Anschlussfähigkeit der Inhalte und eine diese nutzbar machende (partielle) Umarbeitung emanzipatorischer Perspektiven ausgemacht hatten. Für Boltanski und Chiapello etwa war »die Entstehung eines neuen Geistes des Kapitalismus [...] nicht die Umsetzung der Anliegen von Kritik, sondern die Umarbeitung von Teilanliegen, um sie mit den Erfordernissen des Akkumulationsprozesses kompatibel zu machen und letzterem neue Legitimität zu verschaffen«. ⁶⁰ Entscheidend war diesen Diagnosen zufolge gerade die Stärke der Kapitalismuskritik, die im Prozess der Vereinnahmung nicht nur aufgegriffen, sondern auch ihres systemkritischen und vor allem -bedrohlichen Impulses entkleidet wurde.

Auch Nancy Frasers frühere Diagnose zur Vereinnahmung feministischer Kritik ⁶¹ war weit von einer Idee aktiver Komplizenschaft entfernt. Ihr ging es vielmehr darum, aufzuzeigen, dass die Zweite Frauenbewegung es versäumt habe, die im Neoliberalismus veränderten Rahmenbedingungen zu reflektieren und zu erkennen, dass die eigenen, zuvor systemkritischen Positionen unter veränderten Rahmenbedingungen in den flexibilisierten Kapitalismus integriert werden können. Interessanterweise ist es nun Nancy Fraser selbst, die in der aktuellen Debatte zur vielzitierten Stichwortgeberin für die These der aktiven Komplizenschaft von »Finanzmarktkapitalismus und Emanzipation« ⁶² geworden ist. ⁶³ Wörtlich spricht sie vom »Bündnis ›neuer sozialer Bewegungen‹ (Feminismus, Antirassismus, Multikulturalismus und LGBTQ) mit Vertreter*innen hoch technisierter, ›symbolischer‹ und dienstleistungsbasierter Wirtschaftssektoren« ⁶⁴ und konstatiert, dass sich die Vertreter*innen der Emanzipationsbewegungen »mit den Partisanen des Finanzkapitalismus zum Angriff auf die sozialen Sicherungssysteme« ⁶⁵ verbündeten.

Es soll an dieser Stelle gar nicht bestritten werden, dass sich Beispiele für liberale Gleichstellungspolitik oder wirtschaftsliberal motivierte Anti-Diskriminierungsstrategien finden lassen, die von Bündnissen – wie sie Fraser und andere beschreiben – getragen werden. Dies ist aber eben nicht die (ganze) Geschichte von Emanzipationsbewegungen, sodass die These der Komplizenschaft das Feld der Kritik radikal verengt: Die strukturelle Anschlussfähigkeit von Anti-Diskriminierungs- und Anerkennungspolitiken an das neoliberale Projekt wird gewissermaßen durch eine Personalisierung in Gestalt der behaupteten Komplizenschaft ersetzt, während zugleich die Macht- und Herrschaftsverhältnisse ausgeblendet werden, die das Zusammenspiel von System und Kritik strukturieren. Von sogenannter *Komplizenschaft* zu unterscheiden wären stattdessen sowohl dezidierte *Erfolge* emanzipatorischer Bewegungen – das heißt eine durch soziale Kämpfe erreichte Überführung von Kritik

60 Schoppengerd 2014, S. 35.

61 Fraser 2009.

62 Fraser 2017, S. 89.

63 Vgl. zum Beispiel Pfaller 2018, S. 127; Nölke 2017, S. 87; Jörke, Nachtwey 2017, S. 173; Koppetsch 2019, S. 14, 18, 88.

64 Fraser 2017, S. 78.

65 Ebd., S. 82 f.

in den gesellschaftlichen Mainstream und die institutionelle Ordnung (zum Beispiel im Kampf für das Recht auf Abtreibung) – wie auch die *Vereinnahmung* oder *Kooptation* von Kritik durch ihre partielle Umarbeitung und Entschärfung, wobei die Übergänge zwischen erfolgreicher Durchsetzung und Kooptation im Einzelfall durchaus fließend sein können.⁶⁶

Dass solche Differenzierungen in der aktuellen Debatte nicht zu vernehmen sind, liegt auch daran, dass der Signifikant Identitätspolitik vielen *per se* als problematisch gilt. In den älteren soziologischen Vereinnahmungsdiagnosen ging es demgegenüber um die Frage, wie originär emanzipatorische Anliegen kooptiert werden – und in diesem Prozess ihren Gehalt verändern. Hier sind nicht die emanzipatorischen Kritiken und Ideale aus sich heraus regressiv, sondern es ist der Prozess ihrer Ein- und Umarbeitung unter neoliberalen Bedingungen, der sich als problematisch und stets auch ambivalent erweist. Denn obwohl zum Beispiel Boltanski und Chiapello als Folge der von ihnen beschriebenen Entwicklung seit den 1980er Jahren eine »Lähmung der Kritik« diagnostizieren,⁶⁷ betonen sie zugleich, dass die Aufnahme der Künstlerkritik auch reale Autonomiegewinne und Gerechtigkeitseffekte für viele Menschen hervorgebracht hat,⁶⁸ die ihrerseits Anknüpfungspunkte für eine Revitalisierung der Kritik bieten können.⁶⁹ Tatsächlich zeigen Untersuchungen zum Wandel der Geschlechter- und Familienverhältnisse, zum veränderten Umgang mit Krankheit und Behinderung oder zur Delegitimierung autoritärer Erziehung, dass diese Entwicklungen bei aller Ambivalenz keineswegs nur für eine kleine Elite mit erweiterten Handlungsspielräumen und neuen Möglichkeiten einhergingen.⁷⁰

Faktisch werden die soziologischen Vereinnahmungsdiagnosen in ihrer derzeitigen Re-Artikulation also in ihr Gegenteil verkehrt: Wo es vormals um radikale, emanzipatorische Kritik(en) unterschiedlicher Provenienz ging, deren Inkorporierung auch auf die Stärke ihrer Artikulation in den sozialen Bewegungen der 1960er und 1970er Jahre zurückzuführen war,⁷¹ wird aktuell die Anschlussfähigkeit und

66 So wenig die klassischen soziologischen Vereinnahmungsdiagnosen aktive Komplizenschaft adressieren, so sehr sind sie durch eine analytische Schwäche zumindest anfällig für die dargelegte Engführung der Vereinnahmung von Kritik: Oft bleibt unklar, ob und inwiefern die (emanzipatorische) Kritik mit dem aktuell Vereinnahmten tatsächlich verwandt oder identisch ist, und damit die Frage unbeantwortet, ob und wie genau das Vereinnahmte umgearbeitet wurde, in welcher Weise also das Aufgreifen der Kritik dieser Rechnung trägt beziehungsweise sie ihres ursprünglichen Gehalts entkleidet. Es ist aber auch anzuerkennen, dass Boltanski und Chiapello in späteren Arbeiten diese Problematik selbst thematisieren (zum Beispiel Chiapello 2010).

67 Boltanski, Chiapello 2006, S. 22 ff.

68 Ebd., S. 259.

69 Chiapello 2010, S. 51; vgl. in Auseinandersetzung mit feministischen Vereinnahmungsdiagnosen auch Schoppengerd 2014, S. 47.

70 Vgl. für den Wandel von Familienverhältnissen und Erziehung zum Beispiel Dornes 2012; für den Wandel der Geschlechterverhältnisse: Holland-Cunz 2007.

71 Im Zeitraum von 1965 bis 1975 wurden Sozial- und Künstlerkritik Boltanski und Chiapello (2006, S. 469) zufolge so stark, dass sie zu einer »wirkliche[n] Krise der Regierbarkeit der kapitalistischen Welt« geführt haben.

Komplizenschaft reaktionärer Identitätspolitikern aufgrund ihrer vermeintlich originären Passfähigkeit mit dem Neoliberalismus behauptet.

2.4 *Das Resultat der Vereinnahmung: Linksliberale Hegemonie versus Lähmung linker Kritik*

Ein breites Spektrum von Autor*innen weiß sich darin einig, dass das Resultat der diagnostizierten Allianz von Emanzipation und Neoliberalismus die gesellschaftliche Hegemonie linksliberaler Positionen ist – das heißt die Konstellation, die Fraser als »progressiven Neoliberalismus« beschrieben hat.⁷² Der Topos des »progressiven Neoliberalismus«⁷³ verweist ebenso wie Andreas Reckwitz' Analyse des spätmodernen »apertistisch-differenziellen Liberalismus«⁷⁴ auf den konstitutiven Doppelcharakter von wirtschaftlichem und kulturellem beziehungsweise gesellschaftspolitischem Liberalismus.⁷⁵ So betont Reckwitz, dass sich der apertistisch-differenzielle Liberalismus mit seiner gesellschaftspolitisch links der Mitte zu verortenden Programmatik deutlich vom Neoliberalismus unterscheidet, resümiert aber zugleich, dass aus »etwas größerer Distanz« deutlich werde, »dass sich beide Komponenten zu einem politischen Paradigma umfassender Liberalisierung verbinden«.⁷⁶

Bei anderen Autor*innen spielt die Diskursmacht und -hoheit der gesellschaftlichen Linken beziehungsweise der Einfluss linker Bewegungen eine etwas größere Rolle.⁷⁷ In der Verdichtung, Verallgemeinerung und Popularisierung der Diagnose linksliberaler Vorherrschaft entsteht alles in allem aber der Eindruck, im gesellschaftspolitischen Liberalismus seien die Anliegen links-emanzipatorischer Bewegungen bruchlos aufgegangen und zur Hegemonie gelangt. Analytisch ist das Zusammenspiel von (radikaler) Kritik und (neoliberalem) System damit nicht mehr vom konstitutiven Doppelcharakter des Liberalismus zu unterscheiden. Aufgrund der im Konkreten durchaus unterschiedlichen Bewertungen des Pols »Emanzipation« changiert das einflussreiche Vexierbild der linksliberalen Hegemonie zwischen Positionen, die ein Zuviel an Emanzipation beklagen,⁷⁸ Analysen, die in der diagnostizierten Allianz den Beweis für den originär reaktionären Charakter von Identitätspolitik sehen,⁷⁹ und solchen Beiträgen, die die Lähmung und Entradikalisierung von Kritik im Prozess ihrer Vereinnahmung diagnostizieren.⁸⁰

72 Vgl. Reckwitz 2017, S. 341 f.; Merkel 2017; Roberts 2018; Goodhart 2017 a.

73 Fraser 2017.

74 Reckwitz 2017, S. 375.

75 Michéa 2014.

76 Reckwitz 2017, S. 375.

77 So analysiert Koppetsch beispielsweise »die oftmals länderüberschreitenden Netzwerke der Friedens-, Anti-Atom-, Umwelt- und Frauenbewegung [...] als Wegbereiter der neuen grenzüberschreitenden Wissens- und Kulturökonomien« (Koppetsch 2019, S. 88).

78 Vgl. zum Beispiel Goodhart 2017 a, Michéa 2014.

79 Vgl. zum Beispiel Laurin 2018; Lilla 2017; Streeck 2017.

80 Vgl. zum Beispiel Koppetsch 2019; Fraser 2017.

Die Diagnose linksliberaler Hegemonie in der Debatte um das Erstarken rechter Kräfte birgt unseres Erachtens zwei zentrale Probleme: Erstens wird die behauptete Hegemonie und die ihr vermeintlich zugrunde liegende Allianz von Neoliberalismus und Emanzipation in einer Weise verallgemeinert, die all jene feministischen, Autoritäts- und Entfremdungs- oder antirassistischen Kritiken unsichtbar macht, die sich als nicht anschlussfähig an das neoliberale Projekt erwiesen haben und oft gerade deshalb aus dem Fokus der Öffentlichkeit verschwunden sind beziehungsweise aktiv bekämpft wurden. Das hat dann aber wenig mit neoliberaler Komplizenschaft und viel mit neoliberaler Hegemonie zu tun, und die Verkehrung dieses Zusammenhangs läuft in Zeiten erstarkender autoritärer Kräfte faktisch auf ein *blaming the victim* hinaus, nicht selten auch in der Variante eines linken *self-blamings*.

Diese Problematik ist tatsächlich bereits in den Vereinnahmungsdiagnosen von Boltanski, Chiapello und Fraser angelegt, ist doch auch hier zumindest eine Tendenz »retrospektiver Selbst-Entmächtigung«⁸¹ emanzipatorischer Bewegungen zu beobachten.⁸² So betonen Boltanski und Chiapello zwar, dass der Kapitalismus immer nur »einen Teil der Werte, derentwegen er kritisiert wurde«, verinnerlicht habe,⁸³ für den anderen Teil aber haben sie sich in ihren Analysen nicht näher interessiert, und er spielte auch in der breiten Rezeption ihrer Diagnose so gut wie keine Rolle.⁸⁴ Nancy Fraser wiederum ist von Feministinnen dafür kritisiert worden, dass sie mit ihrer Diagnose jene Strömungen der Frauenbewegungen unsichtbar mache, die sich gerade nicht als neoliberal anschlussfähig erwiesen hätten.⁸⁵ Unter den aktuellen Bedingungen trägt die Behauptung der linksliberalen Hegemonie faktisch dazu bei, (vormals oder aktuell) existierende emanzipatorische Kritiken wider den neoliberalen Mainstream zusätzlich zu schwächen und nur noch neoliberale Kosmopoliten, feministische Dax-Vorstände und Vorkämpfer*innen von Unisextoiletten zu sehen, wo es wesentlich mehr zu entdecken gäbe; eine Politik des reumütigen linken *self-blaming* stärkt somit letztlich die Themen rechter Akteure und macht sie salonfähig.

Dies zeigt sich besonders auch im zweiten, mit der Behauptung linksliberaler Hegemonie verbundenen Problem: Zu beobachten ist einerseits eine Überakzentuierung der vermeintlich linksliberalen Wende der herrschenden Eliten (zu denken ist hier beispielsweise an Angela Merkels Attribuierung als Flüchtlingskanzlerin und Kosmopolitin, gänzlich ungeachtet der seit 2016 von den Regierungsparteien sukzessive durchgesetzten zunehmend restriktiven Flüchtlingspolitik); andererseits werden der Einfluss und die Persistenz konservativer Kräfte, die gerade nicht in einem

81 Schoppengerd 2014, S. 14.

82 Auch Jacques Rancière hat in seiner Auseinandersetzung mit Diagnosen der Vereinnahmung von Kritik eine Selbstentmächtigung durch linke Melancholie diagnostiziert und als »postkritische Kritik« problematisiert: »Ihr kleinster gemeinsamer Nenner ist die enttäuschte Feststellung der Unmöglichkeit, den Lauf einer Welt zu ändern.« (Rancière 2009, S. 48)

83 Boltanski, Chiapello 2006, S. 69.

84 Vgl. van Dyk 2019.

85 Brenner 2017.

»progressiven Neoliberalismus« aufgehen, de-thematisiert und unterschätzt. Zu Recht hat Katja Diefenbach in kritischer Auseinandersetzung mit Analysen, die eine (neue) Kongruenz feministischer und antirassistischer Positionen mit wirtschaftsliberalen Dynamiken konstatieren, angemerkt, dass diese »die freisetzende Dynamik des Kapitals überbetonen, während sie die neokonservative Verfestigung familiärer und religiöser Werte unterthematieren«. ⁸⁶

Die weit verbreitete Selbstverständlichkeit, mit der ein links-liberaler Konsens und eine Hegemonie kosmopolitischer, antirassistischer, gleichstellungs- und autonomieorientierter und nachhaltiger Positionen behauptet wird, überrascht angesichts einer Welt, in der seit 2014 mehr als 20.000 Menschen im Mittelmeer ertrunken sind, während zugleich die öffentlich finanzierte Seenotrettung weitgehend eingestellt wurde. Das tödliche europäische Grenzregime ist Ausdruck einer starken Allianz von neoliberalen, an der Verwertbarkeit von Migrant*innen interessierten und rechts-konservativen, mehr oder weniger offen rassistisch agierenden Kräften – allein, über die Kritikwürdigkeit dieser Allianz ist in der hier thematisierten Debatte kaum etwas zu hören. Und egal ob Kohleausstieg, LKW-Maut, Klimaziele oder Hafenausbau für Kreuzfahrtschiffe – wo genau ist die Politik, die zu dem vermeintlichen, in diesem Fall als besonders elitär etikettierten breiten Konsens in Fragen nachhaltiger und ökologischer Politik passen würde? Feministische Wissenschaftler*innen konnten wiederum zeigen, dass gerade in Zeiten, in denen die Diagnose eines Aufblühens des Feminismus unter neoliberalen Bedingungen besonderes populär war, faktisch durch einen »backlash against feminism« ⁸⁷ geprägt war.

2.5 Die Quintessenz der aktuellen Debatte: Die »wahre Kritik« kommt von rechts

Auch wenn es in der aktuellen Debatte ähnlich wie in den älteren soziologischen Vereinnahmungsdiagnosen um das Zusammenspiel von Emanzipation und Neoliberalismus geht, konnte gezeigt werden, dass sich sowohl der Gegenstand der aktuellen Diagnosen (»Identitätspolitik«), der Modus des Zusammenspiels (»Allianz und Komplizenschaft«) sowie das Resultat dieser Verschwisterung (»linksliberale Hegemonie«) in zentralen Punkten gravierend von den älteren unterscheiden. Insofern haben wir es nicht mit einer fruchtbaren *Revitalisierung* der Vereinnahmungsdiagnose unter neuen politischen Rahmenbedingungen zu tun, sondern vielmehr mit ihrer Vereinseitigung und damit auch ihrer *Vereinnahmung*, die im Ergebnis auf eine Problematisierung emanzipatorischer Positionen statt auf die Stärkung (gelähmter) Kritik hinausläuft.

Die Konsequenzen dieser Lesarten für die Zukunft der Kritik sind immens: Zwar bestätigen Ausnahmen wie immer die Regel, doch in der Tendenz zielen die Schlussfolgerungen auch und gerade von Seiten der sich als links(liberal) und/oder sozialdemokratisch verortenden Autor*innen auf eine Politik der partiellen Re-Traditionalisierung sowie der Verharmlosung nationalistischer und rassistischer Positionen. Damit eng verbunden ist die Identifikation einer Repräsentationslücke im politi-

⁸⁶ Diefenbach 2007, S. 3.

⁸⁷ Funk 2013, S. 185.

schen System, die darin bestehe, dass es kein Angebot für jene Menschen gibt, die sozialpolitisch links eingestellt seien, in gesellschaftspolitischen Fragen (zum Beispiel der Sexualität, der Einwanderung oder der Geschlechterpolitik) aber autoritären Positionen anhängen.⁸⁸ Auch wenn die Einschätzungen darüber, wie sehr diese Lücke bereits durch rechtspopulistische Parteien geschlossen wird – so insbesondere die Argumentation von Jörke und Nachtwey⁸⁹ –, auseinandergehen und davon abhängen, ob diesen Parteien eine (zumindest partielle) »sozialdemokratische« Wende attestiert wird, ist die politische Quintessenz doch eine ähnliche. Abgesehen davon, dass es als fraglich gelten kann, ob eine sozialpolitische Position, die geschlechter- und einwanderungspolitisch autoritär beziehungsweise diesbezüglich exklusiv ist, überhaupt als linke Position zu charakterisieren ist, ist das Plädoyer für eine politische Kraft, die diese Lücke schließt, eine Rolle rückwärts hinter die seit den ausgehenden 1960er Jahren erkämpften gesellschaftspolitischen Fortschritte und die Absage an jegliche Mindeststandards dessen, was als emanzipatorisch gelten kann.

Jörke und Nachtwey, denen es darum geht, die identifizierte Lücke (wieder) von links zu füllen, führt dies zu einer bemerkenswerten Kritik an der Sozialdemokratie, der »ihr Unvermögen« angelastet wird, Identitäts- und Sozialpolitik »in einer Weise zu verkoppeln, die auch für *tendenziell links-autoritäre Menschen* überzeugend gewesen wäre«.⁹⁰ Auch wenn die Autoren selbst die Hoffnung äußern, dass eine konsequente Sozial- und Klassenpolitik in langer Frist den Nährboden für autoritäre Positionen trockenlegt, ist es doch erstaunlich, dass dafür ausgerechnet die Anpassung sozialdemokratischer Kräfte an autoritäre Positionen im Hier und Jetzt der richtige Weg sein soll. Mit ähnlicher Stoßrichtung konstatiert auch Andreas Nölke, dass die AfD als »einzige in vielen Länderparlamenten und im Bundestag etablierte Partei eine kommunitaristische Alternative [anbiete]«.⁹¹ Ähnlich gelagert ist auch Goodharts Plädoyer für eine »postliberale Sozialdemokratie«, die sich durch »eine Wirtschaftspolitik der linken Mitte mit einer sozial konservativen Weltsicht«⁹² auszeichnen sollte.

Kurz: Das richtige Plädoyer für eine Stärkung von Sozial- und Klassenpolitik innerhalb der Linken kommt in diesen Argumentationen zu einem in doppelter Hinsicht (zu) hohen Preis – dem Preis des Abschieds von zentralen Inhalten emanzipatorischer Bewegungen einerseits und der Verharmlosung des Rechtspopulismus andererseits. Treffender als Markus Metz und Georg Seeßlen dies getan haben, lässt sich die Problematik dieser Entwicklung kaum auf den Punkt bringen:

»Vielleicht haben wir es ja wirklich übertrieben mit Liberalismus und Freiheit und Political Correctness. Was ist schon ein bisschen Rassismus, ein bisschen Nationalismus, ein bisschen Militarismus, ein bisschen Sexismus, wenn es der guten Laune dient, wenn nur das Furchtbarste vermieden wird. Die Volksverachtung! Man muss denen, die auf die richtigen Fragen

88 Vgl. zum Beispiel Nölke 2017, S. 81 f.; Goodhart 2017 a, S. 164 f.; Michéa 2014, S. 109 f.

89 Jörke, Nachtwey 2017, S. 181.

90 Ebd., S. 179; Hervorhebung S.v.D./S.G.

91 Ebd., S. 82.

92 Goodhart 2017 a, S. 164.

die falschen Antworten gegeben haben, einfach ein Stück weit entgegengehen. Man muss (wieder) die Sprache des Volkes sprechen. Wenn es das Volk will, dann rücken wir eben gesamtsituationistisch ein bisschen nach rechts, dann ist gleich wieder Ruhe.«⁹³

3. Ausblick

In Zeiten, da nationalistische, flüchtlingsfeindliche und autoritäre Politiken auf dem Vormarsch sind und emanzipatorische Inhalte mit neuer Radikalität angegriffen werden, ist mit der populären Vereinnahmung der Vereinnahmungsdiagnose eine erstaunliche Schützenhilfe für die Abwicklung des Erbes von 1968 zu beobachten. Natürlich ist es wichtig und richtig, in klugen Milieuanalysen – wie sie beispielsweise Cornelia Koppetsch⁹⁴ vorgelegt hat – die Verengung emanzipatorischer Positionen auf marktcompatible Konsum- und Lebensstile einer sich rhetorisch progressiv gebenden, akademisch gebildeten Mittelschicht zu kritisieren. Problematisch wird es aber dort, wo Kommentator*innen nicht danach fragen, wie die kritisierten Lebensweisen und Positionen im Sinne einer progressiven Kritik der gesellschaftlichen Verhältnisse problematisiert und re-politisiert werden können, sondern auf eine Legitimierung rechter Gegenkritiken zielen, die die Abwicklung des emanzipatorischen Projekts forcieren. Den Angriffen auf linke Identitätspolitik korrespondiert allzu häufig eine »Rhetorik der Zärtlichkeit«⁹⁵ gegenüber (neu)rechten Kräften, die sich angeblich vom moralischen Joch der Linken befreien.

Gerade Boltanski und Chiapello haben keinen Zweifel daran gelassen, dass die Antwort auf die Inkorporierung der Künstlerkritik nicht die Verabschiedung dieses Kritikstrangs ist, sondern seine Radikalisierung und (Wieder-)Zusammenführung mit dem, was sie Sozialkritik genannt haben. Zugleich haben sie in Auseinandersetzung mit der oftmals simplifizierenden Rezeption ihrer These betont, dass die Sozialkritik keineswegs bloß »Opfer« des Neokapitalismus« war; vielmehr sei ihr Niedergang in den 1970er Jahren auch ein Resultat der dominanten Position der orthodox-kommunistischen Strömungen innerhalb der (hier: französischen) Linken, welche wiederum die Abwendung der kritischen sozialen Bewegungen von der Sozialen Frage begünstigt habe.⁹⁶ Mit anderen Worten: Der Bedeutungsverlust der Sozialkritik verweist nicht nur auf den Neoliberalismus beziehungsweise die Inkorporierung der Künstlerkritik in das neoliberale Projekt, sondern auch auf den Autoritarismus und Konservatismus der traditionellen Linken. Davon jedoch ist in der aktuellen Konjunktur linker Selbstanklage nichts zu hören.

Und wo bereits Boltanski und Chiapello sowie andere Vertreter*innen der älteren Vereinnahmungsdiagnose dazu geneigt haben, konservative und rechte Angriffe auf emanzipatorische Politiken im Vergleich zu ihrer Inkorporierung in das neoliberale Projekt zu unterschätzen, wird diese Blickverengung trotz der aktuellen Rechts- wende noch radikalisiert. Jacques Rancière hat in seiner Auseinandersetzung mit

93 Metz, Seeßlen 2018, S. 97 f.

94 Koppetsch 2019.

95 Czollek 2018, S. 117.

96 Boltanski, Chiapello 2010, S. 31.

der Vereinnahmungsdiagnose schon früh darauf hingewiesen, dass nicht nur der von ihm problematisierte »postkritische« Gestus einer ob der eigenen Verstricktheit melancholischen Linken zur Gefahr für die Emanzipation geworden sei, sondern ebenso jenes »rechte[...] Wüten«, das sich mit regelrechtem Abscheu auf die Verwerfungen des modernen Individualismus stürzt und in diesem die größte Gefahr für Mensch und Gemeinwesen dechiffriert. Dieses Gegenprogramm habe, so Rancière, im Unterschied zur vergleichsweise jungen linken Melancholie eine lange Tradition, verweist es doch zurück auf die »gegenrevolutionäre Analyse der Französischen Revolution [...]. Ihr zufolge hatte die Französische Revolution das Gewebe der kollektiven Institutionen zerstört, die die Individuen versammelten, erzogen und schützten: die Religion, die Monarchie, die feudalen Abhängigkeitsverhältnisse, die Zünfte und so weiter«. ⁹⁷

Form und Träger dieser Kritik wandeln sich Rancière zufolge im Laufe der Zeit, ihr Kern aber bleibe relativ konstant: Es geht um die Delegitimierung der Idee der Emanzipation als prinzipielle Fähigkeit zur – kollektiven wie individuellen – Selbstveränderung zugunsten eines angeblichen »Realismus«, der sich auf eine authentische Beschreibung der »wirklichen Seinsweisen« der Leute stützt und Abweichungen von dieser Beschreibung zumindest als naiv ausweist, wenn nicht als destruktiven Utopismus oder heimtückisches Elitenprojekt diskreditiert. Die Revitalisierung von Ideen des »gesunden Menschenverstands«, des »Alltagsverstands« oder der »common decency«, die den gesellschaftlichen Mehrheiten zugeschrieben und den vermeintlichen identitätspolitischen Allüren elitärer Minderheiten entgegengesetzt werden, passt in dieses Muster. ⁹⁸

So gesehen enthält jede grundsätzliche Zurückweisung von Individualismus, Künstlerkritik oder Identitätspolitik also notwendig einen reaktionären Kern, insofern sie die Möglichkeit einer radikalen gesellschaftlichen Veränderung, welche die Veränderung der vorherrschenden Subjektivierungsweisen notwendig einschließt, kategorisch negiert. Von diesem Argument ausgehend wiederum lässt sich gerade die Spaltung in Künstler- und Sozialkritik beziehungsweise von Identitäts- und Klassenpolitik als ein in der Geschichte der Linken regelmäßig wiederkehrendes Trauma begreifen, das in der gegenwärtigen Debatte um den Erfolg der neuen Rechten eine weitere Neuauflage erfährt. Dieses Trauma blockiert nicht nur die aktuell dringend benötigte emanzipatorische Gesellschaftskritik, sondern, schlimmer noch, auch die Entwicklung von gesellschaftspolitischen Projekten, die die gleichermaßen schlechten Alternativen radikalierter Neoliberalismus *oder* neoautoritärer Backlash überwinden.

97 Rancière 2009, S. 52 f.

98 Vgl. zum Beispiel Goodhart 2017 a, S. 16; Michéa 2014, S. 142.

Literatur

- Augstein, Jakob 2016. »Debatte über Ungleichheit: Liberale Lügen«, in *Spiegel online* vom 29. Dezember 2016. www.spiegel.de/politik/deutschland/ungleichheit-das-thema-macht-de-r-elite-angst-kolumne-a-1127877.html (Zugriff vom 13.03.2018).
- Baron, Christian 2016. *Proleten Pöbel Parasiten. Warum die Linken die Arbeiter verachten*. Berlin: Das neue Berlin.
- Bernstein, Mary 2005. »Identity Politics«, in *Annual Review of Sociology* 31, S. 47–74.
- Brenner, Johanna 2017. *There Was No Such Thing as »Progressive Neoliberalism«. Were Social Movements Really Handmaidens to the Rise of Neoliberalism? A Response to Nancy Fraser*. www.dissentmagazine.org/online_articles/nancy-fraser-progressive-neoliberalism-social-movements-response (Zugriff vom 09.07.2019).
- Boltanski, Luc; Chiapello, Ève 2006. *Der neue Geist des Kapitalismus*. Konstanz: UVK.
- Boltanski, Luc; Chiapello, Ève 2010. »Die Arbeit der Kritik und der normative Wandel«, in *Kreation und Depression. Freiheit im gegenwärtigen Kapitalismus*, hrsg. v. Menke, Christoph; Rebentisch, Juliane, S. 18–37. Berlin: Kadmos.
- Bröckling, Ulrich 2007. *Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Bröckling, Ulrich; Krasmann, Susanne; Lemke, Thomas 2004. »Einleitung«, in *Glossar der Gegenwart*, hrsg. von Bröckling, Ulrich; Krasmann, Susanne; Lemke Thomas, S. 9–16. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Chiapello, Ève 2010. »Evolution und Kooption. Die ›Künstlerkritik‹ und der normative Wandel«, in *Kreation und Depression. Freiheit im gegenwärtigen Kapitalismus*, hrsg. v. Menke, Christoph; Rebentisch, Juliane, S. 38–51. Berlin: Kadmos.
- CRC (Combahee Ricer Collective) 1983. »A Black Feminist Statement«, in *This Bridge Called my Back. Writings by Radical Women of Color*, hrsg. v. Moraga, Cherrie; Anzaldúa, Gloria, S. 210–218. London: Persephone Press.
- Czollek, Max 2018. *Desintegriert euch*. München: Hanser.
- Diefenbach, Katja 2007. »Nach 1968. Anmerkungen über Singularität und minoritäre Politik«, in *Eipcp.net transversal* 04, S. 1–7. eipcp.net/transversal/0607/diefenbach/de.html (Zugriff vom 09.10.2019).
- Dornes, Martin 2012. *Die Modernisierung der Seele: Kind – Familie – Gesellschaft*. Frankfurt a. M.: Fischer.
- Dyk, Silke van 2012. »Kritik in der Krise. Zum Kritikhype im Gefolge der Finanzmarktkrise«, in *Macht oder ökonomisches Gesetz? Zum Zusammenhang von Krise und Geschlecht*, hrsg. v. Kurz-Scherf, Ingrid; Scheele, Alexandra, S. 290–310. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Dyk, Silke van 2019. »Identitätspolitik gegen ihre Kritik gelesen. Für einen rebellischen Universalismus«, in *Aus Politik und Zeitgeschichte* 69, 9–11, S. 25–32.
- Fraser, Nancy 2009. »Feminismus, Kapitalismus und die List der Geschichte«, in *Blätter für deutsche und internationale Politik* 54, 8, S. 43–57.
- Fraser, Nancy 2017. »Vom Regen des progressiven Neoliberalismus in die Traufe des reaktionären Populismus«, in *Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit*, hrsg. v. Geiselberger, Heiner, S. 77–92. Berlin: Suhrkamp.
- Fraser, Nancy; Honneth, Axel 2003. *Umverteilung oder Anerkennung? Eine politisch-philosophische Kontroverse*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Friedrich, Sebastian 2018. »Neue Klassenpolitik. Eine Perspektive gegen die neoliberale und rechte Erzählung«, in *Neue Klassenpolitik*, hrsg. v. Friedrich, Sebastian; Redaktion analyse & kritik, S. 12–22. Berlin: Berth + Fischer.
- Fukuyama, Francis 2018. »Against Identity Politics. The New Tribalism and the Crisis of Democracy«, in *Foreign Affairs* 9–10. www.foreignaffairs.com/articles/americas/2018-08-14/aga-inst-identity-politics-tribalism-francis-fukuyama (Zugriff vom 09.10.2019).
- Funk, Nanette 2013. »Contra Fraser on Feminism and Neoliberalism«, in *Hypatia* 28, 1, S. 179–196.
- Furedi, Frank 2018. »Die verborgene Geschichte der Identitätspolitik«, in *Die sortierte Gesellschaft*, hrsg. v. Richardt, Johannes, S. 13–25. Frankfurt a. M.: Edition Novo.
- Gilroy, Paul 2000. *Against Race: Imagining Political Culture Beyond the Color Line*. Cambridge: Cambridge University Press.

- Goodhart, David 2017 a. »Eine postliberale Antwort auf den Populismus«, in *Rechtspopulismus in Europa. Gefahr für die Demokratie?*, hrsg. v. Hillebrand, Ernst, S. 161–167. München: Dietz.
- Goodhart, David 2017 b. *The Road to Somewhere: The New Tribes Shaping British Politics*. London: Penguin Books.
- Hall, Stuart 1994. »Alte und neue Identitäten, alte und neue Ethnizitäten«, in *Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften 2*, hrsg. v. Hall, Stuart, S. 66–88. Hamburg: Argument.
- Hillebrand, Ernst 2017. »Die Irrtümer der Linken und die Suche nach der richtigen Antwort«, in *Rechtspopulismus in Europa. Gefahr für die Demokratie*, hrsg. v. Hillebrand, Ernst, S. 175–184. München: Dietz.
- Holland-Cunz, Barbara 2007. *Die alte neue Frauenfrage*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Honneth, Axel 2002. »Organisierte Selbstverwirklichung. Paradoxien der Individualisierung«, in *Befreiung aus der Mündigkeit. Paradoxien des gegenwärtigen Kapitalismus*, hrsg. v. Honneth, Axel, S. 141–158. Frankfurt a. M., New York: Campus.
- Inglehart, Robert 1998. *Modernisierung und Postmodernisierung. Kultureller, wirtschaftlicher und politischer Wandel in 43 Gesellschaften*. Frankfurt a. M., New York: Campus.
- Jörke, Dirk; Heisterhagen, Nils 2017. »Was die Linken jetzt tun müssen«, in *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 26. Januar 2017.
- Jörke, Dirk; Nachtwey, Oliver 2017. »Die rechtspopulistische Hydraulik der Sozialdemokratie. Zur politischen Soziologie alter und neuer Arbeiterparteien«, in *Das Volk gegen die (liberale) Demokratie*, hrsg. v. Jörke, Dirk; Nachtwey, Oliver, S. 163–186. Baden-Baden: Nomos.
- Kastner, Jens; Susemichel, Lea 2018. *Identitätspolitiken. Konzepte und Kritiken in Geschichte und Gegenwart der Linken*. Münster: Unrast.
- Kleemann, Frank; Matuschek, Ingo; Voß, G. Günter 1999. *Zur Subjektivierung von Arbeit*. www.ssoar.info/ssoar/handle/document/11666 (Zugriff vom 09.07.2019).
- Koppetsch, Cornelia 2016. »Soziale Schließung, Nonkonformismus und Protest. Die Linke ist konservativ geworden und der Gestus der Revolte wird von rechts inszeniert«, in *INDES 3*, S. 32–42.
- Koppetsch, Cornelia 2019. *Die Gesellschaft des Zorns. Rechtspopulismus im globalen Zeitalter*. Bielefeld: transcript.
- Kurz-Scherf, Ingrid 2017. »Marx contra Trump? Versuch einer feministischen Orientierung in gespenstischen Zeiten«, in *Blätter für deutsche und internationale Politik* 61, 5, S. 83–90.
- Laclau, Ernesto 2010. *Emanzipation und Differenz*. Wien: Passagen Verlag.
- Laurin, Stefan 2018. »Willkommen im Zeitalter der Postidentitätspolitik«, in *Die sortierte Gesellschaft*, hrsg. v. Richardt, Johannes, S. 113–122. Frankfurt a. M.: Edition Novo.
- Lilla, Mark 2017. *The Once and the Future Liberal. After Identity Politics*. New York: Harper Publishers.
- Merkel, Wolfgang 2017. »Kosmopolitismus versus Kommunitarismus: Ein neuer Konflikt in der Demokratie«, in *Parties, Governments and Elites*, hrsg. v. Harfst, Philipp; Kubbe, Ina; Poguntke, Thomas, S. 9–23. Wiesbaden: Springer VS.
- Metz, Markus; Seeßlen, Georg 2018. *Der Rechtsruck. Skizzen zu einer Theorie des politischen Kulturwandels*. Berlin: Bertz + Fischer.
- Michéa, Jean-Claude 2014. *Das Reich des kleineren Übels. Über die liberale Gesellschaft*. Berlin: Matthes & Seitz.
- Nölke, Andreas 2017. *Linkspopulär. Vorwärts handeln statt rückwärts denken*. Frankfurt a. M.: Westend.
- Pfaller, Robert 2018. »Sprecht wie Mimosen! Handelt wie Bestien!«, in *Die sortierte Gesellschaft*, hrsg. v. Richardt, Johannes, S. 123–137. Frankfurt a. M.: Edition Novo.
- Rancière, Jacques 2009. »Die unglücklichen Abenteuer des kritischen Denkens«, in *Jacques Rancière: Der emanzipierte Zuschauer*, S. 35–61. Wien: Passagen Verlag.
- Reckwitz, Andreas 2006. »Ernesto Laclau: Diskurs, Hegemonie, Antagonismen«, in *Kultur. Theorien der Gegenwart*, hrsg. v. Moebius, Stephan; Quadflieg, Dirk, S. 339–349. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Reckwitz, Andreas 2017. *Die Gesellschaft der Singularitäten*. Berlin: Suhrkamp.

- Roberts, Marcus 2018. *Linke, was hat dich bloß so ruiniert?* www.ipg-journal.de/rubriken/soziale-demokratie/artikel/linke-was-hat-dich-bloss-so-ruiniert-2527/ (Zugriff vom 09.10.2019).
- Schoppengerd, Stefan 2014. *Hoffnungslos vereinnahmt? Kritik der Geschlechterverhältnisse in Marketing und Popkultur*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Stegemann, Bernd 2017. »Der liberale Populismus und seine Feinde«, in *Blätter für deutsche und internationale Politik* 62, 4, S. 81–94.
- Streeck, Wolfgang 2017. »Die Wiederkehr der Verdrängten als Anfang vom Ende des neoliberalen Kapitalismus«, in *Die große Regression – eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit*, hrsg. v. Geiselberger, Heiner, S. 253–275. Berlin: Suhrkamp.
- Streeck, Wolfgang 2018. »Between Charity and Justice: Remarks on the Social Construction of Immigration Policy in Rich Democracies«, in *Culture, Practice & Europeanization* 3, 2, S. 3–22.
- Voß, G. Günther; Pongratz, Hans J. 1998. »Der Arbeitskraftunternehmer. Eine neue Grundform der Ware Arbeitskraft?«, in *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 50, S. 131–158.
- Žižek, Slavoj 2016. *Der neue Klassenkampf. Die wahren Gründe für Flucht und Terror*. Berlin: Ullstein.

Zusammenfassung: Angesichts des weltweiten Erstarkens rechter Bewegungen und Parteien ist die Frage nach den Ursachen dieser Entwicklung derzeit Gegenstand vieler und kontrovers geführter Debatten. Viele Autor*innen haben in diesem Zusammenhang die fehlende Abgrenzung von linken Bewegungen und Kräften vom Neoliberalismus als wesentlichen Grund ausgemacht. Dieses Argument greift die vieldiskutierte Diagnose der Vereinnahmung (linker) Kritik im Neoliberalismus auf, wie sie prominent in den 2000er Jahren von Luc Boltanski und Ève Chiapello vertreten wurde. Im vorliegenden Beitrag wird die aktuelle Renaissance und Umarbeitung dieser Diagnose kritisch in den Blick genommen und argumentiert, dass sie wesentlich dazu beiträgt, rassistische, nationalistische und chauvinistische Entwicklungen in der Gegenwartsgesellschaft zu entproblematisieren.

Stichworte: Rechtspopulismus, Identitätspolitik, Soziale Frage, Gesellschaftskritik

Who is to Blame for Right-wing Populism? The Appropriation of Critique in Neoliberal Times and the Appropriation of this Diagnosis

Summary: The worldwide success of the New Right has prompted an urgent search for the reasons for this development. A number of authors identify the inadequate separation of left-wing movements and parties from neoliberalism as a major cause. This argument takes up the sociological diagnosis of the appropriation of (left-wing) critique in contemporary capitalism, which was most prominently launched by Luc Boltanski and Ève Chiapello in the early zero years. The contribution critically examines the revival and reorientation of the diagnosis and argues that it tends to de-problematize racist, nationalist and chauvinist driving forces.

Keywords: right-wing populism, identity politics, social inequality, criticism of society

Autorinnen

Silke van Dyk
Institut für Soziologie
Friedrich-Schiller-Universität Jena
Carl-Zeiß-Straße 2
07743 Jena
silke.vandyk@uni-jena.de

Stefanie Graefe
Institut für Soziologie
Friedrich-Schiller-Universität Jena
Carl-Zeiß-Straße 2
07743 Jena
stefanie.graefe@uni-jena.de